

## Umweltstaatssekretärin zu Besuch im Geiseltal

20.03.2002

Flutung des Tagebaus Mücheln vorraussichtlich ab Herbst 2002

Am 19. März 2002 informierte sich Vera Gäde-Butzlaff, Staatssekretärin im Umweltministerium Sachsen-Anhalt, im Rahmen einer Präsentation über die Altlastensanierung im Geiseltal.

Die Landesanstalt für Altlastenfreistellung Sachsen-Anhalt (LAF), die Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH (GSA) und die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) stellten in dieser Präsentation das Sanierungsprojekt „Beräumung der Säureharzbecken auf der Innenkippe Leonhardt“ im ehemaligen Tagebau Mücheln vor. Es steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Wasserqualität des künftigen Geiseltalsees.

Die Vision vom Geiseltal-See, der künftig größten Wasserfläche Sachsen-Anhalts, nimmt immer mehr Gestalt an. Doch bevor das gigantische Tagebau-Restloch im einstigen Müchelner Braunkohlen-Revier ab Herbst mit Saale-Wasser geflutet werden kann, musste dem künftigen Badesee ein sauberes Bett bereitet werden.

Eines der wichtigsten Projekte dabei, die Beseitigung von sechs Becken - angefüllt mit einem üblen Gemisch aus Säureharzen und teerigen Rückständen der einstigen Addinol-Raffinerie - wurde nun erfolgreich abgeschlossen. Für die umweltgerechte Beseitigung der brisanten Schlämme wendete das Land 9,3 Millionen Euro auf, teilte Staatssekretärin Vera Gäde-Butzlaff, aus diesem Anlass in Braunsbedra mit. Von dieser Seite her bestehe nun keine Gefahr mehr, dass der künftige Badesee womöglich von hässlichen Ölfahnen überzogen werde. Doch bevor sich die Wassermassen - die in Leuna-Daspig aus der Saale gezapft und per Rohrleitung heran transportiert werden - ab Herbst 2002 über einen Zeitraum von sechs Jahren in die Grube ergießen, sind noch weitere Vorkehrungen nötig, um unliebsame Überraschungen zu vermeiden.

Mahmut Kuyumcu, Geschäftsführer LMBV, die die Sanierung der einstigen ostdeutschen Kohlegruben managt, verwies auf weitere Altlasten auf dem Addinol-Gelände. Um zu vermeiden, dass auch diese Substanzen in den entstehenden See gelangen können, soll in den nächsten Monaten eine Dichtwand tief ins Erdreich gesetzt werden. Für dieses Vorhaben stelle das Land weitere drei Millionen Euro bereit, kündigte Gäde-Butzlaff an.

Auf dem langen Weg vom Tagebau zur Seenlandschaft könne nun die zweite Stufe in Angriff genommen werden, blickte der LMBV-Chef voraus. Das Leitbild definierte er so: Ein harmonisches Miteinander von Natur, Freizeit, Gewerbe und Wohnen rund um die 1.800 Hektar große Wasserfläche.

In den Tagebaurestlöchern und Veredlungsanlagen wurden von Beginn der Sanierung bis heute insgesamt 515 Millionen DM (322 Mio. €) an Leistungen vorbereitet und realisiert und in der Spitze 1994 ca. 900 geförderte Arbeitnehmer beschäftigt. Allein im Projekt Mücheln – Geiseltal (mit Tagebaurestlöchern Großkayna, Kayna-Süd und Roßbach) waren bisher 435 Millionen DM (222 Mio. €) an Aufwendungen in der Grundsanierung erforderlich.

Dabei wurden folgende Sanierungsleistungen erbracht:

66 Mio. m<sup>3</sup> Abraummassen wurden bewegt  
230 ha Flächen wurden rekultiviert  
300.000 t Tagebaugeräte und Gleisanlagen wurden demontiert und verschrottet  
120.000 m<sup>3</sup> bergbauliche Anlagen wurden abgebrochen  
90 Mio. m<sup>3</sup> Wasser mussten während der Sanierung gehoben werden  
70.000 t Abfälle wurden verwertet bzw. beseitigt

Während im Jahr 2001 die bergmännischen Sanierungsarbeiten im Tagebaurestloch Großkayna beendet, die Flutungsleitung von der Saale im ersten Bauabschnitt realisiert wurde, konnte dort am 22. Mai 2001 die Flutung nach einem ordentlichen behördlichen Planfeststellungsbescheid begonnen werden. Das ist der erste wasserrechtliche Planfeststellungsbescheid in der Braunkohlesanierung.

In den Tagebaurestlöchern Mücheln sind in diesem Jahr ebenfalls die bergmännischen Arbeiten der Grundsanierung abgeschlossen. Die Investitionen für die Flutungsleitung zweiter Bauabschnitt werden Mitte des Jahres zum Abschluss gebracht, so dass die Flutung beginnen könnte. Dazu läuft das wasserrechtliche Planfeststellungsverfahren, zur Zeit in der öffentlichen Auslegung.